

UNO-Tagung im Zeichen der Zwietracht

A.F.-Paris

Die Welt nähert sich mehr und mehr dem Biegen oder Brechen und schreckt offensichtlich vor der Folge einer endgültigen Kluft zwischen Ost und West zurück. Unabhängig davon dürfte jedoch das besondere Merkmal der diesjährigen UNO-Vollversammlung der in der Vergangenheit nie so stark fühlbar gewesene Mangel an innerer Geschlossenheit sein. Man sollte sich darüber von Anfang an im klaren sein, um spätere Enttäuschungen zu vermeiden. Die amerikanische Politik scheint übrigens dieser Tatsache bereits Rechnung zu tragen.

Die atlantische Gemeinschaft ist zwar nach außen hin ein geschlossener Block, d.h. es kann als ausgeschlossen gelten, daß ihre Mitglieder in entscheidenden Fragen ihren eigenen Weg gehen, im Inneren bestehen jedoch ganz erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Noch bedenklicher erscheint die Uneinigkeit über die in Europa erforderlichen Rüstungsanstrengungen. In irgend einer Weise steht die Friedensoffensive Trumans in unmittelbarer Beziehung mit dem mangelnden Aufrüstungswillen der europäischen Völker. Auch in der deutschen Frage ist die atlantische Einheit nur eine Fassade. Die französische Politik lebt unter der ständigen Drohung der Vereinigten Staaten, sie würden eine deutsche Nationalarmee aufstellen, wenn sich Frankreich nicht mit der Eingliederung Deutschlands in die westeuropäische Gemeinschaft beeilt. Nicht weniger widerspruchsvoll ist das westliche Spiel mit der deutschen Einheit. Paris wünscht und verzögert sie zugleich, um einerseits der deutschen Wiederaufrüstung zu entgehen und andererseits seine europäischen Pläne nicht stören zu lassen. In Washington scheint man nicht entschlossener und auch nicht aufrichtiger zu sein.

Die Unzufriedenheit der arabischen Welt ist eine weitere Quelle der Zwietracht innerhalb der UNO. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind diese Staaten mit ihren augenblicklichen Beziehungen zu der

westlichen Welt höchst, unzufrieden. Trotz ihres feudalen Charakters und ihres religiös begründeten Antikommunismus könnten sie sehr wohl für eine mehr oder weniger kurze Frist der Sowjetunion die Hand reichen. Der Westen hat nur einen wichtigen Trumpf in der Hand: Die innere Uneinigkeit der verschiedenen arabischen Staaten, die sich gegenseitig rücksichtslos bekämpfen, sofern sie nicht gerade durch eine gemeinsame Aktion gegen den Westen vorübergehend zusammengeschweißt werden. Die Lustlosigkeit einiger arabischer Regierungen, Ägypten gegen Großbritannien zu unterstützen, ist in den Kulissen der UNO ein offenes Geheimnis. Die marokkanische Offensive wurde nur als Ablenkungsmanöver unternommen, um das Prestige der arabischen Liga einigermaßen zu retten.

Besorgniserregend für die westliche Welt ist die zunehmende Sonderpolitik der lateinamerikanischen Republiken. Der Einfluß Washingtons in Südamerika ging in den letzten Jahren ständig zurück. Der Fall Argentinien braucht keineswegs als Ausnahme zu gelten. Seitdem die amerikanischen Investitionen und Kredite in Südamerika immer stärker zusammenschmelzen und Washington sogar ziemlich rücksichtslos die Rohstoffpreise herabzudrücken versucht, muß die panamerikanische Solidarität als erschüttert gelten. Bereits bei der letzten Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen in Genf im August dieses Jahres bildete sich unter Führung südamerikanischer Staaten zusammen mit der arabischen Welt und Indien eine Koalition der Armen gegen die Reichen heraus. Es besteht kein Zweifel, daß sich ein derartiger Zusammenschluß während der UNO-Tagung in Paris wiederholen kann und wird. Die unentwickelten Länder sind nämlich der Ansicht, Amerika habe die selbstverständliche Pflicht, ihnen durch ausreichende Kredite bei der Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Pläne zu helfen, besonders da man in den Vereinigten Staaten ohne Schwierigkeiten hohe Milliardenbeträge für Rüstungen findet.

In Anbetracht dieses eigenartigen Kräfteverhältnisses kann diesmal die Sowjetunion zum ersten Mal seit langen Jahren aus ihrer Isolierung innerhalb der UNO herauskommen. Für manche Abstimmungen dürfte es den Westmächten nicht leicht fallen, die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Vollversammlung zu finden. Die arabischen und lateinamerikanischen Staaten werden hinter den Kulissen versuchen, ihre Stimmen so teuer wie nur möglich zu verkaufen. Vielleicht entschließt sich Washington nicht zuletzt zur Annahme einer neuen Viererkonferenz, um der drohenden arabisch-südamerikanischen Erpressungstaktik zu entgehen.

Notstände beseitigen, nicht verlagern !

d.g. Nachdem die mit vielen Versprechungen angekündigte Umsiedlung von 300000 Heimatvertriebenen aufgrund des Gesetzes vom 22. Mai 1951 bis Jahresende so gut wie zusammengebrochen ist, ging in diesen Tagen eine Nachricht durch die Presse, die geeignet war, bei den Flüchtlingen erneut Hoffnungen aufkommen zu lassen, die sich bald in Verbitte- rung und Resignation verwandeln können.

Im Bonner Flüchtlingsministerium hatten die Vertreter der Länder- flüchtlingsverwaltungen einstimmig dem Plan gutgeheißen, künftig die Zuteilung von Bundesmitteln für den sozialen Wohnungsbau davon abhän- gig zu machen, daß die Länder eine bestimmte Schlüsselzahl von Umsied- lern in einer bestimmten Zeit auch aufnehmen. Dieser Plan ist noch weit von seiner Verwirklichung entfernt. Zur Stunde haben sich weder die einzelnen Landesregierungen, noch die in diesem Falle sehr zustän- digen Instanzen, wie Bundesfinanzministerium und Bundeswohnungsbaumi- nisterium, dazu geäußert. Man weiß auch noch nicht, nach welchen Ge- sichtspunkten die Aufnahmeszahlen für die Länder festgelegt werden sol- len. Man wird aber zweifellos die Umsiedlung nicht nur als eine Ange- legenheit des Ausgleiches nach fiskalischen Gesichtspunkten zur Ent- lastung einzelner Länder sehen dürfen, sondern wird sie unter die unum- gänglichen Aspekte des Wohnungsbaues und der Arbeitsplatzbeschaffung stellen müssen, wie dies gelegentlich schon von verschiedenen Seiten, leider erfolglos, gefordert worden war.

Bei den anzustrebenden Lösungsmöglichkeiten sollte eine bedenk- liche Erscheinung nicht außer acht gelassen werden, die dann eintritt, wenn nicht Wohnungs- und Arbeitsmöglichkeiten gleichzeitig zur Verfü- gung gestellt werden: Die sogenannte "freie Wanderung". Bereits im vergangenen Jahr haben die "freien Zuwanderer" aus der Sowjetzone und Berlin und die aus eigener Initiative nach dem Aufbau einer Existenz suchenden Heimatvertriebenen, sowie die Evakuierten den auf die amt- liche Umsiedlung noch immer wartenden Heimatvertriebenen längst den Rang abgelaufen. Ein besonders charakteristisches Beispiel hierfür bietet das Land Nordrhein-Westfalen, das 253.400 Personen aufnahm.

Davon kamen aus den überbelegten Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern 113.288 Personen, von denen aber nur 47.353 Heimatvertriebene und von diesen wiederum nur etwa 18-bis 20000 "Umsiedler" im Sinne der Verordnung waren. Die Sowjetzone und Berlin waren an dem Zugang mit 81.580 Personen beteiligt. Am Wandrungsgewinn des am stärksten industrialisierten Landes der Bundesrepublik von rund einer Viertelmillion Menschen waren also die heimatvertriebenen "Umsiedler" noch nicht einmal mit zehn Prozent beteiligt!

Soll daher die von den Flüchtlingsministern angestrebte Lösung Erfolg haben, wird man sie den natürlichen Wanderungstendenzen zu den vorhandenen und noch zu schaffenden Arbeitsplätzen anpassen müssen. Ohne diese Koppelung würden regionale Notstände lediglich verlagert, aber nicht beseitigt. Sachverständige der Raumforschung meinen sogar, die Neuregelung der Umsiedlungsgesetzgebung werde nicht mehr allein nur die Heimatvertriebenen berücksichtigen dürfen und Länderverteilungsschlüssel festlegen können. Sie werde auch auf andere Personengruppen weitergreifen und so Bestandteil eines allgemeinen Bevölkerungsausgleiches werden müssen.

+ + +

Interessenpolitik

(sp) Was ist Interessenpolitik? Interessenpolitik ist es, wenn ein Stand, eine Schicht oder ein bestimmter Personenkreis versuchen, ihre Sonderbelange auf Kosten des Volksganzen durchzusetzen. Daß die Bundesrepublik heute vorwiegend nicht von Gesichtspunkten der Allgemeinheit geleitet, sondern von bestimmten Interessengruppen geführt wird, dafür liefern die gegenwärtig laufenden schwedisch-deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen ein eindrucksvolles Beispiel. Die Bundesregierung hatte sich u.a. verpflichtet, im Austausch gegen Kohle und sonstige Rohstofflieferungen neben dem begehrten Erz auch 4.500 to Butter aus Schweden abzunehmen. Diese sollten noch vor Inkrafttreten der neuen Wertzölle, die den Preis für Importbutter wesentlich erhöhen, ausgeschrieben werden.

Was geschah? Auf Wunsch des Präsidenten der Bauernbünde, Hermes, wurde die Ausschreibung um 14 Tage verschoben. So gelangten nur 400 to Butter ins Bundesgebiet. Dem Vernehmen nach soll sich der Bundesfinanzminister - wohl unter Druck Hermes? - weigern, seine Zusage einzulösen, nach der noch bis Ende dieses Jahres für schwedische Butter der alte Zollsatz gelten sollte.

Darob große Verstimmung bei den Schweden. Die Handelsvertrags-Verhandlungen schleppten sich dahin. Der deutsche Verbraucher hat wieder einmal das Nachsehen. Und dies alles, um Sonderwünsche des Herrn Hermes und seiner Bauernbünde willen ...

+ + +

Der Rüstungsbeitrag der Ostzone

G. Nach den neuesten Informationen wird die Sowjetzone in immer stärkerem Maße als Vorlieferant für die Ostblock-Rüstung eingespannt. Maschinen und sonstige Fertigungseinrichtungen für Rüstungsbetriebe in der UdSSR, Betriebsmittel und Zubehör, sowie Material zur Weiterverarbeitung für unmittelbares Kriegsgerät verlassen in ununterbrochenem Zuge die Ostzone.

In Meißen fabriziert ein nach dem Zusammenbruch enteigneter und jetzt volkseigener Betrieb Spezialfilter für die Erzeugung von Salzsäure auf synthetischer Grundlage. Salzsäure ist ein wichtiger Grundstoff für die Erzeugung von Sprengstoff. Die Auflage dieses Betriebs beträgt für 1951 insgesamt 40000 Stück Filter. Zum Vergleich sei erwähnt, daß sich der Gesamtbedarf an Filtern dieser Art in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Jahre 1938 - also in der Hochkonjunktur der damaligen Aufrüstung - auf nur 20000 Stück belief. Die gesamte Produktion des Betriebs wird auf Reparationskonto an die UdSSR angeliefert. Diese Tatsachen und Zahlen lassen nicht nur interessante Rückschlüsse auf die Höhe der Sprengstoffherzeugung in der Sowjetunion zu. Sie beweisen auch den Wert des Beitrages, den die Wirtschaft Mitteldeutschlands durch eine solche Beteiligung für die Rüstungsproduktion des Ostblocks leistet.

Unter diesem Gesichtswinkel muß auch der in letzter Zeit forcierte Bau von Loggern auf volkseigenen Werften der Sowjetzone verstanden werden. Es hat sich jetzt endgültig bestätigt, daß diese Logger größtenteils als Küstenschutzboote, Patrouillenboote oder Minenleger eingesetzt werden. Der Bau dieser Logger wurde inzwischen auch von der sowjetischen A.-G. Neptunwerft in Rostock als "Schwerpunktprogramm" aufgenommen. Es liegt dort nach zuverlässigen Ermittlungen bereits der 100. Logger auf Kiel. Sie sind sieben Meter breit, 39-40 Meter lang und werden neuerdings auch für größere Geschwindigkeiten gebaut.

Ein leistungsfähiger Fahrzeug-Erstellungsbetrieb in Mittelsachsen erhielt den Auftrag, im Serienbau Möbelwagen vom Typ 901 zu fabrizieren. Es handelt sich hierbei um einen Möbelwagen, der während des Krieges bis 1945 von den Horch-Werken in Zwickau für die ehemalige deutsche Wehrmacht gebaut wurde, nämlich um geländegängige Fahrzeuge, die zugleich Mannschaftswagen und Zugmaschinen für Geschütze sind.

+ + +